

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan    Telefon (075) 232 42 42    Fax Redaktion (075) 232 29 12    Fax Inserate (075) 232 95 46    Amtliches Publikationsorgan    80 Rp.

## AKTUELL

### Bisher 450 Mio Franken für FA-18-Kampffjets

Bern (AP) Zur Beschaffung von 34 neuen Kampfflugzeugen FA-18 hat das EMD bisher Verträge im Umfang von 2,88 Milliarden Franken abgeschlossen und Zahlungen von 450 Millionen Franken geleistet. Geprüft wird gemäss Mitteilung vom Freitag ein US-Vorschlag für einen Pilotenaustausch zur Fortsetzung der Ausbildung.

Die Beschaffung der Kampfflugzeuge verläuft weiterhin nach Plan, wie das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) am Freitag aufgrund des zweiten Berichts des Projektleiters Peter Lyoth mitteilte. Erfreulich ist gemäss EMD der Stand bei den Kompensationsgeschäften: Bis Ende 1993 wurden Gegengeschäfte von rund 610 Millionen Franken anerkannt; weitere Geschäfte in der Höhe von 150 Millionen Franken werden geprüft.

### Sammelrekord für Hilfe in Bergregionen erzielt

Zürich (AP) Die «Schweizer Patenschaft für Berggemeinden» hat im letzten Jahr über 14 Millionen Franken gesammelt. Dies ist das höchste je erreichte Sammelergebnis in der 53jährigen Geschichte der Organisation, wie diese am Freitag mitteilte. Letztes Jahr kamen rund 13 Millionen Franken für die Hilfe in armen Bergregionen zusammen.

Die Hilfsorganisation unterstützt finanziell in Not geratene Berggemeinden, hauptsächlich in den Kantonen Graubünden, Wallis, Tessin und Jura. Diese können die Restkosten von Schäden, die weder vom Bund noch vom Kanton übernommen werden, oftmals nicht selber bezahlen.

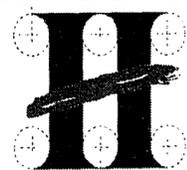
### Finanzlage der Kantone massiv verschlechtert

Sitten (AP) Die Finanzlage der Kantone hat sich nach Angaben der Fachgruppe für kantonale Finanzfragen (FkF) massiv verschlechtert. Für 1993 wird ein Defizit von 5,1 Milliarden Franken ausgewiesen, insgesamt dürfte der Fehlbetrag der öffentlichen Hand 16 Milliarden Franken betragen. Das Defizit wird vor allem mit Darlehen an die Arbeitslosenversicherung begründet.

### Massnahmen gegen den Tod auf der Strasse

Bern (AP) Bis ins Jahr 2000 soll die Zahl der Verkehrstoten auf 350 pro Jahr gesenkt werden. Dies strebt eine Expertengruppe des Bundes an, die als konkreteste Massnahme eine Senkung des zulässigen Alkoholpegels auf 0,5 Promille vorschlägt. Tiefere Tempolimiten sind aber in dem am Freitag veröffentlichten Bericht kein Thema.

Der Bundesrat hat den Bericht des Bundesamtes für Polizeiwesen (BAP) nach Angaben von EJPD-Vorsteher Arnold Koller zur Kenntnis genommen, aber noch keine Entscheide gefällt.



**Raphael Huber**

Juwelen · Schmuck · Exklusive Einzelanfertigungen  
Altenbach 21 · 9490 Vaduz  
Tel. 075 232 61 21

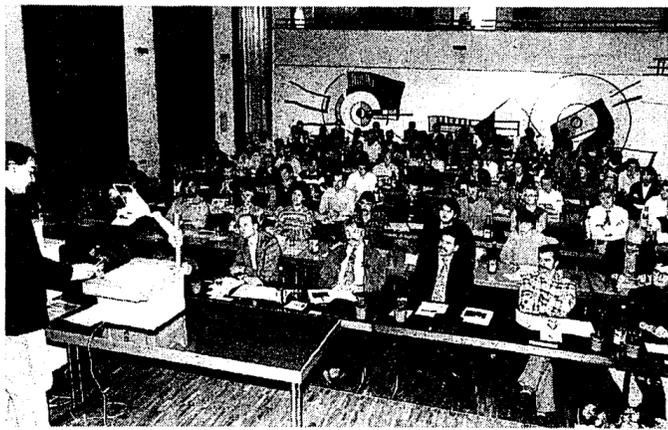
## Holzverbrauch hilft liechtensteinische Wälder zu erhalten

Erster Liechtensteiner «Holz-Tag» als Nachdenkprozess zur Förderung des Absatzes von einheimischem Holz – Fünf Referate

(s. e.) – Wieso verwenden wir nicht vermehrt einheimisches Holz; sei es nun für Bauten oder für Heizzwecke? Dies war eine der zentralen Fragen, die gestern im Rahmen des ersten liechtensteinischen «Holz-Tages» im Schaaner Rathausaal erörtert wurden. Das Landesforstamt, der Forstverein, der Zimmermeisterverband und das liechtensteinische Sägereigewerbe haben als gemeinsame Organisatoren mit dieser Veranstaltung einen neuen Weg eingeschlagen, um die vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten von Holz aus liechtensteinischen Wäldern vorzustellen und um neue Absatzkanäle zu eröffnen.

Wie Landesforstmeister Dr. Felix Näscher eingangs der sehr gut besuchten und erfolgreich verlaufenen Veranstaltung erklärte, besitze die mitteleuropäische Waldwirtschaft eine lange Tradition in einer auf vielfältige Waldeleistungen ausgerichtete Bewirtschaftung der Wälder. Verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen würden nun die Waldwirtschaft zu einem grundsätzlichen Überdenken ihrer Tätigkeiten zwingen.

Es gehe darum, den gesellschaftlichen Wandel in der Wertung der Waldeleistungen auch ökonomisch umzusetzen.



Gestern trafen sich zahlreiche Interessierte aus allen Gemeinden des Landes zum ersten «Liechtensteiner Holz-Tag» im Rathausaal in Schaan. Ziel war die Förderung des Holzabsatzes in Liechtenstein. (Bild: bs)

Gemäss den Worten von Dr. Felix Näscher habe die herrschende Krise der Wald- und Holzwirtschaft zu einem Nachdenkprozess bewogen, den man mit diesem Liechtensteiner «Holz-Tag»

führen wolle. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel bezeichnete die Veranstaltung als ein Ausdruck der Notwendigkeit, um die Möglichkeiten des Holzabsatzes als eine der wichtigsten

Rahmenbedingungen für die Wald- und Holzwirtschaft zu verbessern. Der «Holz-Tag» sei seiner Ansicht nach eine Chance, die Waldbesitzer und die holzverarbeitenden Betriebe in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld zu stärken.

### Bedeutung zu wenig bewusst

Die Organisatoren vertraten in der Einladung die Meinung, dass der Wald zwar in breiten Bevölkerungskreisen ein sehr hohes Ansehen geniesse, viele Leute jedoch zu wenig wüssten, was seine Bewirtschaftung in der heutigen Zeit für Schwierigkeiten aber auch für immense Vorteile für uns Menschen bringe.

Ziel der Tagung war es nun aufzuzeigen, dass der vermehrte Verbrauch von einheimischem Holz uns allen zugute komme. Durch die Verwendung von Liechtensteiner Holz, sei es nun für Heiz- oder Bauzwecke, könne dazu beigetragen werden, dass der Wald gepflegt und damit auch Arbeitsplätze erhalten werden.

### Rohstoff mit Nachwuchs

Forstingenieur Norman Nigsch ging als erster Referent unter dem Titel «Liechtensteiner Holz-Tag» in die Diskussion. (Fortsetzung auf Seite 2)

## Flüchtlingspolitik der Regierung

Liechtenstein orientiert sich an den Nachbarn Schweiz und Österreich

(G. M.) – Das Gebiet Kosovo zählt nach der Regelung der Regierung nicht mehr zu den «umkämpften und bekriegten Regionen» im ehemaligen Jugoslawien. Deshalb ist es nach der Änderung der früheren Regelung möglich, Flüchtlinge in dieses Gebiet wieder zurückzuschicken. Die Regierung hält sich bei dieser Regelung, erklärte Regierungschef Dr. Mario Frick im Landtag, an die Nachbarstaaten Schweiz und Österreich.

Die Flüchtlingspolitik der Regierung war zweimal Gegenstand einer kleinen Anfrage im Landtag. Landtagsvizepräsident Otmar Hasler und FL-Vertreter Paul Vogt wollten von der Regierung wissen, wie die derzeitige Flüchtlingspolitik gehandhabt werde.

Regierungschef Dr. Mario Frick erklärte, dass sich die Regierung an den beiden Nachbarstaaten Schweiz und Österreich orientiere.

Ferner führte er aus, dass in Zusammenarbeit mit den Hilfswerken geplant sei, Möglichkeiten der Wiedereingliederung der Flüchtlinge im ehemaligen Jugoslawien zu überprüfen. In diesem Fragen soll es weiterhin eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung und Hilfswerken geben. Es sei richtig, gab der Regierungschef zu, dass die neue Lösung der Regierung eine Verschärfung gegenüber der früheren Regelung darstelle, indem das Gebiet Kosovo nicht mehr zu den umkämpften und bekriegten Regionen zähle. Diese Regelung befände sich in Übereinstimmung mit den Regelungen der Schweiz und Österreichs. In Härtefällen, verspricht der Regierungschef, soll auch in Zukunft besondere Rücksicht genommen werden. Bei der Fassung des Grundsatzentscheides sei sich die Regierung dieser Problematik bewusst gewesen.

## Unsere Vertretungen im Ausland

Regierung erläuterte im Landtag ihre Ausland-Personalpolitik

(G. M.) – Der Ständige Vertreter beim Europarat, Botschafter Dr. Josef Wolf, konnte den Vorsitz einer Kommission über Bildungs- und Kulturfragen nicht übernehmen, weil die notwendige Arbeitskapazität nicht vorhanden war. Die FBP-Abgeordnete Dr. Renate Wohlwend wollte von der Regierung deshalb wissen, wie die Personaleinteilung im Ausland vor sich gehe.

Regierungschef Dr. Mario Frick gab in seiner Antwort zu verstehen, dass die Vertretung Liechtensteins im Ausland «auf alle Fälle mit qualitativen und weniger mit quantitativen Mitteln sicherzustellen» sei.

Seit unser Land Mitglied beim Europarat sei, residiere der Botschafter in Strassburg, sein Stellvertreter habe

seinen Standort jedoch beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten in Vaduz.

Die Arbeit des Stellvertreters sollte nach Auffassung des Regierungschefs die halbe Arbeitszeit nicht überschreiten, da dieser Stellvertreter im Auswärtigen Amt noch verschiedene andere Aufgaben ausserhalb des Bereichs des Europarates zu betreiben habe, nämlich insbesondere im Zusammenhang mit Liechtensteins Absicht, dem EWR-Abkommen beizutreten.

In einer ausserpolitischen Sitzung auf Botschaferebene – im Januar dieses Jahres – wurde nach der Erklärung des Regierungschefs allen Botschaftern mitgeteilt, dass im laufenden Jahr der EWR-Beitritt Priorität habe.

## Erklärtes Ziel ist ein neues Landtagsgebäude

Die Regierung arbeitet an der Standortfrage für ein Landtagsgebäude nach der negativen Abstimmung

(G. M.) – Die Regierung hat dem Landtag in Aussicht gestellt, ein passenderes Provisorium als den heutigen Vortragssaal der Musikschule zur Verfügung zu stellen. Konkrete Entscheidungen sind noch nicht gefällt worden, erklärte Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner auf eine kleine Anfrage im Landtag. Doch möchte die Regierung den Landtag in der Herbstsession über das weitere Vorgehen informieren.

Vor 25 Jahren befand sich der Landtag ebenfalls in der Musikschule als provisorischem Tagungsort. Der Unterschied zur heutigen Situation ist allerdings, dass damals der Landtagssaal im Regierungsgebäude umgebaut wurde und das Provisorium nur für eine befristete Zeit in Anspruch genommen werden musste. Heute hingegen befindet sich der Landtag in diesen provisorischen Räumlichkeiten ohne Aussicht auf eine baldige Änderung, weil das Volk den Kredit für die Neugestaltung des Regierungsviertels verweigerte.

Der VU-Abgeordnete Karlheinz Ospelt fragte die Regierung an, ob die Überprüfungen eines neuen Standortes schon fortgeschritten und welche Alternativen ins Auge gefasst worden seien. Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner als zuständige Ressortinhaberin für das Bauwesen erklärte dazu, dass verschiedene

Lösungen für die bessere Unterbringung des Landtags diskutiert wurden, doch derzeit noch die Standortfrage im Vordergrund stehe. Entscheidungsreife Möglichkeiten sind nach ihrer Erklärung von der Regierung bisher nicht behandelt worden.

Das Hochbauamt jedoch habe den Auftrag, bis zum Sommer 1994 Alternativen zu unterbreiten. Die Regierung sei bemüht, erklärte Regierungsrätin Gassner weiter, den Landtag in der Herbst-

session über das weitere Vorgehen zu informieren. Im Dezember 1993 hatte die Regierung dem Landtag mitgeteilt, dass mit der Gemeinde Vaduz über die Benützung des Rathausaales als Alternative nicht gesprochen worden sei. Jetzt gab Regierungsrätin Gassner im Namen der Kollegialregierung die Erklärung ab, dass es Ziel der Regierung sei, für den Landtag ein auch der staatspolitischen Bedeutung entsprechendes Landtagsgebäude zu erstellen.



Der Landtag tagt im Provisorium in der Musikschule. Die Regierung will bis zur Herbstsession einen Bericht über das weitere Vorgehen vorlegen. (Archivbild)

## Ergebnisse der Volkszählung 1990

Auf eine Frage des FBP-Abgeordneten Alois Beck im Landtag, wann die Ergebnisse der Volkszählung 1990 vorliegen würden, erklärte Regierungschef Dr. Mario Frick, dass bei der Auswertung der Fragebogen grössere Probleme aufgetreten seien. Die Auswertung erfolgt in der Schweiz, die jeweils zuerst ihre eigenen Daten auswertet. Die Verzögerung erfolgte auch daher, erklärte der Regierungschef, weil die Tabellen für Liechtenstein abgeändert werden müssten. Der erste Band über die Gebäudezählung soll in den nächsten Monaten erscheinen. Es sei beabsichtigt, alle Ergebnisse der Volkszählung in diesem Jahr zu veröffentlichen.

**detlef kind**

... eigentlich heisse ich Adrian ...  
FL-9492 Eschen, Essanestr. 513  
Tel. 075 / 373 14 65